

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 293
Tel.-Adresse: Sozialdemokratisches Berlin
Telephon
auf der Reichs-Reliame-Heft:
Wilhelm 5744

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Montag
4. Mai 1925

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Cindencstraße 3-5 Uhr
Verleger: Rudolf-Dietrich Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Telephon: Dönhofs 2506-2507
Telephon
auf der Reichs-Reliame-Heft:
Wilhelm 5744

Die französischen Gemeindewahlen.

Erfolg des Linksblocks.

Paris, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die französischen Gemeinderatswahlen, die am Sonntag in rund 38 000 Gemeinden des Landes die Entscheidung über die Befehung von etwa 430 000 Gemeinderäten für 4 Jahre zu fällen hatten, sind im ganzen ruhig und mit wenigen Ausnahmen ohne Zwischenfälle verlaufen. In einem blutigen Zusammenstoß, bei dem es mehrere Tote und Verwundete gegeben hat, ist es lediglich auf Korsika gekommen, und in Roubaix hat ein kommunistischer Kandidat im Laufe eines Wortwechsels einen politischen Gegner kurzerhand niedergeschossen.

Da die Kompliziertheit des Wahlsystems zahlreiche Stichwahlen erforderlich macht und da außerdem die Anzahl der Kandidaten die Feststellung der genauen Ziffern erschwert, liegen bisher nur die Ergebnisse aus Paris vor. Hier sind nahezu sämtliche auscheidenden Gemeinderatsmitglieder entweder wiedergewählt worden oder in ausfallsreiche Stichwahl gekommen, so daß die Zusammenführung des Pariser Stadtrates keine wesentliche Veränderung erfahren hat, sondern infolge der Begünstigung der Innenpartei zum Nachteil der vorkommenden Vorläufer der Nationalen Block 47 von 80 Sitzen errungen hat. Die Zahl der abgegebenen Stimmen dagegen weist einen unerwartet starken Zuwachs zugunsten der Sozialisten auf, während der Rechtsblock und vor allem die Kommunisten stark zurückgegangen sind. In der Pariser Bannmeile ist das Charakteristische der Wahl die geradezu vernichtende Niederlage der Kommunisten, denen die Liste des Kartells eine große Zahl von Sitzen abzugewinnen vermocht hat.

In der Provinz, aus der bisher nur vereinzelte Teilergebnisse vorliegen, ist der Sieg des Kartells der Linken ganz auffallend gegenüber der vernichtenden Niederlage, die die Blätter der Opposition dem Kartell vorausgesagt haben. Das Land hat sich ein zweites Mal für das Kartell entschieden und damit das Ergebnis des 11. Mai 1924 in glänzender Weise bestätigt. Das Kartell hat nicht eine einzige Stadt verloren, dagegen eine ganze Anzahl großer Städte, wo bisher der Nationale Block geherrscht hat, gewonnen, darunter Bordeaux, Calais, Orleans, Nieme. In Lyon, wo die Rechte gewaltige Ertragungen gemacht hat, um mit dem Kartell Herriot, den Oberbürgermeister der Stadt, selbst zu Fall zu bringen, hat dieses einen beträchtlichen Stimmenzuwachs erzielt.

Obwohl bis zur Mittagsstunde noch keine offizielle Statistik veröffentlicht wurde, bestätigt es sich, daß sehr wesentliche Veränderungen bisher nicht eingetreten sind und daß andererseits eine auffallend große Zahl von Stichwahlen nötig sein wird.

Die Pariser Rechtspresse versucht ihre Leser damit zu trösten, daß wenigstens in der Hauptstadt der Nationale Block seine Positionen behauptet hat. Die Linkspresse weist hingegen mit Genugtuung auf die Erfolge des Kartells in der Provinz hin und erblickt darin eine Stärkung für die Regierung Painlevé.

Die Wahlergebnisse in der Provinz.

Paris, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Aus den größeren Städten der Provinz liegen in den Vormittagsstunden folgende Wahlergebnisse vor: In Toulouse sind sämtliche sozialistische Kandidaten gewählt. In Mülhausen im Elsaß ist im ersten Wahlgang ein Sozialdemokrat durchgekommen; es sind nicht weniger als 30 Stichwahlen erforderlich. Auch in Le Havre fällt die Entscheidung über 32 Stadtratsitze erst im zweiten Wahlgang, vier Kandidaten des Linksblocks sind gewählt. In der Industriestadt Saint Etienne sind sofort 36 Kartellkandidaten durchgekommen, in Bordeaux 23, während für 13 Sitze Stichwahl nötig ist. In Mittelfrankreich, so besonders auch in Orleans und Poitiers,

Internationale Konferenz.

Kontrolle der entmilitarisierten Zonen.

Genève, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die „Rheinische Zeitung“ meldet: Die Interparlamentarische Union, eine Vereinigung von Parlamentariern aller Länder, wird auf ihrem diesjährigen Kongress, der im Herbst in Washington tagen wird, auch die Frage der entmilitarisierten Zone behandeln, ein Problem, das insbesondere für die deutschen Rheinlande von ungeheurer Bedeutung ist. Zur Vorbereitung tritt am 4. Mai in Luxemburg die zuständige Interparlamentarische Kommission der Union zusammen, in der für Deutschland Prof. Dr. Duldner und die Abgeordneten Dr. Gildemeister und Sollmann vertreten sind. Die deutsche Gruppe lehnt einmütig die bekannten Vorschläge des bekannten Generals Spears ab, der dauernde Völkerbundeskontingente in die entmilitarisierte Zone am Rhein legen will. Spears selbst ist mit der einstweiligen Zurückstellung seiner Pläne einverstanden. Da in Luxemburg einflußreiche Außenpolitiker auch der Siegerstaaten vertreten sein werden, dürften die Richtlinien, auf die man sich einigen wird, für die schwierige Frage der Kontrolle entmilitarisierter Zonen von Bedeutung sein.

Das Eisenbahnunglück im Korridor.

Polen's Schuld.

Danzig, 4. Mai. (Ill.) Die Eisenbahn, mit der von polnischer Seite sofort nach dem Unglück, als noch gar keine Untersuchung eingeleitet worden war, die Ursache der Katastrophe in einem Attentat gesucht wurde, war äußerst auffallend. Natürlich kann man mit der

hat die Linke, vor allem aber die Sozialisten, ansehnliche Gewinne erzielt.

Den französischen Gemeindewahlen kam diesmal in mehrfacher Hinsicht eine besondere politische Bedeutung zu: Sie bildeten die erste allgemeine Volksbefragung seit dem vor Jahresfrist bei den Parlamentarischen Wahlen erfolgten Rückzug nach links und sollten daher den Wählern die Möglichkeit geben, ein Urteil über die von der Rechten und von den Kommunisten so rücksichtslos angegriffenen Politik des Kartells der Linken zu fällen. Außerdem ist die Erneuerung eines Drittels des Senats demnächst fällig und da die Gemeinderäte einen wesentlichen Prozentsatz der Senatswähler bilden, so kann ihre Zusammensetzung mittelbar von weittragender politischer Bedeutung sein. Schließlich wartete man nicht nur in Frankreich mit Spannung darauf, wie das französische Volk auf die Wahl Hindenburgs in Deutschland reagieren würde. Die Rechtspresse hatte dieses Ereignis mit frohlockender Rücksichtslosigkeit ausgenutzt, um den französischen Wählern die Notwendigkeit einer Rückkehr zur Politik des nationalen Blocks zu beweisen.

Es ist schon das zweite Mal binnen Jahresfrist, daß die französische Reaktion auf die Liebesdienste hofft, die ihr unmittelbar zuvor die deutsche Reaktion geleistet hat. Heute vor einem Jahre zeigten die Reichstagswahlen einen beträchtlichen Rückzug nach rechts, den die nationale Pariser Presse in der letzten Woche des französischen Wahlkampfes als stärkstes Argument für die Beibehaltung des Kurzes Poincaré und Millerand auszunutzen versuchte. Dennoch ließ sich die Mehrheit des französischen Volkes nicht irreführen und jagte acht Tage später den nationalen Block davon. Wieder einmal, acht Tage nach der Wahl Hindenburgs, haben die französischen Wähler so viel gefunden politischer Sinn gezeigt, daß sie die gleichartige Spekulation der Poincaristen enttäuschten.

Selbst wenn es dem Linksblock lediglich gelingen wäre, seine Positionen zu behaupten, so würde dies angesichts der kombinierten demagogischen Hege, die von Nationalisten und Kommunisten planmäßig betrieben wird, schon eine ganz ansehnliche Leistung sein. Aber darüber hinaus ist es ihm gelungen, eine ganze Anzahl größerer Städte in der Provinz, die seit dem Jahre 1921 eine Rechtsblock-Mehrheit aufweisen, zurückzuerobern, wie im Falle Toulouse, oder überhaupt neu zu gewinnen, wie in den Fällen Bordeaux, Calais und Orleans.

Ein umfassender Ueberblick über das Gesamtbild der gestrigen Gemeindewahlen ist auf Grund der gestrigen Ergebnisse noch nicht möglich, zumal in sehr zahlreichen Fällen noch eine Stichwahl in vierzehn Tagen vorgenommen werden muß. Gerade die Stichwahlen pflegen das Gesamtbild nach der einen oder nach der anderen Richtung zu verstärken. Schon jetzt läßt sich aber voraussagen, daß diese Stichwahlen zweifellos der Linken zugute kommen werden, da eine Kartellbildung in vielen Fällen im ersten Wahlgang noch nicht erfolgt war und erst für den Fall eines zweiten Wahlganges von den Sozialisten in Aussicht genommen war.

Alle Meinungen stimmen darüber ein, daß die Kommunisten im Verhältnis zu ihren Wahlziffern bei den Deputiertenwahlen vom 11. Mai 1924 beträchtlich an Stimmen eingebüßt haben. Auch in Frankreich läßt sich eben der gesunde Sinn der Arbeiterschaft auf die Dauer nicht zu, daß man unter dem Vorwand revolutionärer Propaganda der Reaktion die Steigbügelhalterdienste leistet.

Möglichkeit eines Attentates rechnen, doch sollte man vorsichtiger sein, zumal gerade in letzter Zeit sich in Polen Eisenbahnunfälle ereignet haben, die auch zunächst auf Attentate zurückgeführt wurden, obwohl gleich darauf die Ursache sich in ganz anderer Richtung herausstellte, nämlich in dem sehr schlechten Zustand des Schienenstranges. So schrieb die in Bromberg erscheinende „Deutsche Rundschau“ am 30. April, also am Tage vor der Katastrophe:

„Die beiden Eisenbahnunglücksfälle, die sich in letzter Zeit bei Rogow ereignet haben und die das Eisenbahnministerium auf verbrecherische Anschläge zurückgeführt hat, haben in Wirklichkeit mit Attentaten nichts zu tun. Die Schrauben der Eisenbahnschienen sind nicht durch verbrecherische Hände gelockert worden, wie dies das Eisenbahnministerium mitgeteilt hatte, vielmehr sind dort die Eisenbahnschwellen verkauft gewesen, was eine aus Warschau nach Rogow entsandte Kommission einwandfrei festgestellt hat. Nachdem das erste Eisenbahnunglück bei Rogow sich ereignet hatte, wurde die Strecke nicht weiter untersucht, sonst hätte man die verkauften Eisenbahnschwellen auf der anderen Seite von Rogow, wo das zweite Eisenbahnunglück sich ereignete, wahrnehmen müssen. Trotzdem die wahre Ursache der Eisenbahnunfälle den Behörden bekannt war, hat doch die Eisenbahnbehörde durch die Presse die Nachricht von verbrecherischen Anschlügen verbreiten lassen.“

Lyttel — Staatssekretär. An Stelle des verstorbenen permanenten Staatssekretärs im Außenministerium Sir Crowe hat der König dessen bisherigen Stellvertreter Sir William Lyttel ernannt.

Churchills Budget.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Das Budget, das alljährlich nach Ostern von dem britischen Schatzkanzler im Unterhaus eingebracht wird, ist, wenn nicht das wichtigste, so doch jedenfalls das die öffentliche Meinung am tiefsten erregende Ereignis im parlamentarischen Kalender. Es geht Jahr für Jahr nach dem gleichen, für den kontinentalen Beobachter so erstaunlichen Ritual vor sich, in dem sich die Verschiedenartigkeit der politischen Parteien haben und drüben vielleicht am besten spiegelt.

Wochenlang vor dem demnächstigen Tag beginnt in der gesamten Presse das Rätselraten. Was wird das Budget bringen? Während auf dem Kontinent der Staatshaushalt weder besondere Überraschungen zu bringen pflegt, noch mit ängstlicher Sorge bis zur Vorlage im Parlament geheimgehalten wird, bringt es die besondere Situation Englands als Freihandelsland, die Art seiner Steuerveranlagung usw. mit sich, daß dem Finanzminister bei dem Aufbau seines Budgets unvergleichlich größerer Spielraum gelassen ist.

Das Unterhaus ist gepackt voll wie an keinem anderen Tage. Da die Engländer zwar die Organisation eines Reiches, aber für ihre Volkstretreter im Unterhaus nicht genügend Platz schaffen können, so spielt sich an diesem Tage regelmäßig in der ersten Morgendämmerung vor dem englischen Parlament ein einzigartiges Schauspiel ab. Von 5 Uhr früh ab stellen sich die Abgeordneten des englischen Volkes vor den verschlossenen Türen des Unterhauses, wie zu einer Butterpolonaise, an, um einen Sitz für die Verhandlungen zu erobern. Die zuletzt kommenden Abgeordneten müssen mit Plätzen auf der Galerie vorlieb nehmen.

Auf dem Wege von Downingstreet 11, der traditionellen Wohnung des Schatzkanzlers, zum Parlament, ein paar hundert Schritte, hat der Schatzkanzler eine wahre Phalanx von Photographen zu durchstoßen, die das vielgeliebte Bäckchen des Mannes für alle Zeiten festhalten wollen, der in dieser Stunde das finanzielle Gesicht Großbritanniens verkörpert. Wenn sich der Schatzkanzler um 4 Uhr erhebt, um seine Budgetrede im Angesicht von einem halben Duzend früherer Schatzkanzler zu halten, da hat die Spannung einen Höhepunkt erreicht, der selbst von der dramatischsten Regierungstruppe in einem der kontinentalen Parlamente nicht überboten werden kann. ...

Damit ist aber das Budget-Ritual noch nicht erfüllt: nach der Rede des Kanzlers, die regelmäßig, jahraus, jahrein als eines der größten Ereignisse seit Menschengebenden gefeiert wird, erheben sich die ersten Finanzexperten der Opposition, in der Regel frühere Schatzkanzler, und beglückwünschen den Redner zu seiner gigantischen Leistung. Der große Tag ist um — der Kanzler steht im Zenith seines Dafrins —, die Morgenblätter singen Hymnen. Der nächste Tag aber bringt — wenn es sich nicht um eine allererste Leistung der Budgetkunst handelt, wie das Budget des sozialistischen Schatzkanzlers Snowden — die große Ernüchterung. Die Opposition streift ihre Gratulationsmiene ab, analysiert, zergliedert, vernichtet das Budget und wenn der Morgen des zweiten Tages graut, ist das Wunder von vorgestern zu einem schlechten Trick geworden. Es war ein Traum. Aber im nächsten Jahr wird es nicht anders sein und so bleiben bis zu den Zeiten der Kinder und Kindeskinder.

Schält man aus dieser aufgeregten Umwelt das jegliche Budget Winston Churchills heraus, so bleibt eine erhebliche rednerische und eine bedeutend geringere staatsmännische Leistung übrig. Es drängt sich einem auch hier wieder in stärkstem Maße der Eindruck der Zweifelhaftheit auf, die als Charakteristik der gesamten Regierungskunst Baldwin in diesen Londoner Berichten immer und immer wieder festgestellt worden ist. Dieses Budget, das seiner Ansicht nach zum wirtschaftlichen Aufschwung Großbritanniens und zur Herstellung der sozialen Gerechtigkeit das Seinige beitragen soll, ist eine seltsame Mischung von freihändlerischer und Schutzzöllnerischer Wirtschaft- bzw. Finanzpolitik, von sozialer Einstellung und glatter Kapitulation vor den Wünschen der Reichsten unter den Reichen auf der anderen Seite.

Churchill war ein Leben lang, unabhängig von seinen vielen sonstigen Wandlungen, Freihändler; aber er hat sich hier kein Gewissen daraus gemacht, teils aus fiskalischen Gründen, teils um seinen neuen konservativen Freunden eine kleine Freude zu bereiten, mitten in ein freihändlerisches Budget ein paar ausgesprochen schutzzöllnerische Steuern einzubauen, wie die von Snowden im vorigen Jahre gestrichenen sogenannten Mac-Kenna-Zölle auf die Einfuhr von Automobilen, Musikinstrumenten, von Wecker- und Taschenuhren, und er hat fozusagen als Fleißaufgabe dazu aus freien Stücken noch einen Einfuhrzoll auf Seide hinzugesetzt. Was die Wiedereinführung der Mac-Kenna-Zölle betrifft, so können sie bei bestem Willen nur als eine triviale Extravaganz bezeichnet werden. Die Abschaffung dieser Zölle hatte, insbesondere auf die englische Autoindustrie, die heillossten Folgen gehabt. Diese Industrie war nach einer kurzen Periode der Krise, nach Verbilligung ihrer Produktionskosten in eine ausgesprochene Prosperitätsperiode eingetreten. Was die Seidenzölle anlangt, so werden sie von allen Sachverständigen abgelehnt und mögen, wie Snowden in seiner beißenden Art im Unterhaus feststellte, als Symbol für die Churchill'sche Budgetkunst vielleicht dazu führen, daß Herr Churchill als der Mann in die Geschichte eingehen wird, der die Seidenstrümpfe der englischen Frauen besteuert hat — was allerdings in einem gewissen Widerspruch zu dem geradezu napoleonischen Ehrgeiz dieses

Mannes im Hinblick auf seine geschichtliche Sendung stehen dürfte.

Der innere Widerspruch nach der sozialen Seite kommt bei einer Betrachtung der Veränderungen der Steuerfrage klar zum Ausdruck. Churchill hatte zwar die Steuerfreiheit für kleinere Einkommen hinaufgesetzt und die Steuerlast der kleineren Arbeitseinkommen vermindert, eine Verminderung, die sich insbesondere für den englischen Mittelstand stark fühlbar machen wird, er hat aber andererseits die moralische Bedeutung dieser Erleichterungen völlig durch die Ermäßigung der Super-tax, der zusätzlichen Besteuerung für Einkommen über 2000 Pfund Sterling, also der Besteuerung der vom Schicksal materiell Begünstigten, wieder aufgehoben. Die gleichzeitige Erhöhung der Erbschaftsteuer darf nicht als ein Äquivalent für diese Ermäßigung gewertet werden, da ein wirklicher ernsthafter Wille zur Steuergerechtigkeit Churchill ganz offenbar andere Bewertungsmöglichkeiten für die hieraus der Staatskasse zustehenden 200 Millionen Mark gezeigt hätte als lediglich die den toten Kapitalisten zu nehmen, um sie auf der anderen Seite dem lebenden Kapital wieder zu schenken.

Für Deutschland liegt das Hauptinteresse des Budgets in jenen Teilen, die sich auf die Zollgesetzgebung beziehen. Wenn die Wiedereinführung der Mac-Kenna-Zölle auf Automobile, Klaviere, Uhren usw. voraussichtlich auch keine Exportinteressen ersten Ranges treffen, bzw. die Exportfähigkeit der betroffenen deutschen Industrien nur zum Teil schwächen, so dürfte trotzdem diese Abirrung Churchills ins Schutzöllnerische eine Verminderung des deutschen England-Exportes mit sich bringen und damit auch auf die deutsche Arbeiterschaft nicht ohne Einfluß bleiben.

Die jährliche Sensation ist vorbei, es hat im Gegensatz zu den sprichwörtlichen englischen Reun-Tage-Wundern nur ein Zwei-Tage-Wunder gegeben. Churchill wird nach dieser ersten Probe nicht unter die großen englischen Finanzminister gezählt werden. Man wird nicht an diese Rede Churchills nur wegen der gleichzeitigen Verkündung der Rückkehr zum Goldstandard erinnern. Das ist aber keine Budgetangelegenheit im engeren Sinne und war in die Budgetrede nur um der Wirkung willen eingefügt worden. Das Budget selbst aber ist das Zeugnis einer veräumten Gelegenheit.

Die neuen Republikaner.

Ein verdächtiger Eifer im Rechtslager.

„Das Deutsche Reich ist eine Republik!“

Dieser Satz, der an der Spitze der Weimarer Verfassung zu lesen ist, bereitete bisher den Reaktionspolitikern von Stresemann über Westarp bis Wulle allerhand Schmerzen. Und wenn auch die verschiedenen Versuche, über Rapp-Putsch, politische Morde und Inflationseindring wieder die Monarchie einzuführen, an den harten Tatsachen gescheitert sind, die Hoffnung auf zukünftigen Glanz und Ordenslegen blieb doch bestehen, bis — Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt worden ist.

Jetzt schwenkt der Heerbann plötzlich um. Fast gleichzeitig treten zwei Berliner Blätter aus dem Rechtslager den Nachweis an, daß es jetzt keine größere Pflicht für einen „nationalen“ Deutschen gebe, als die Republik anzuerkennen und vor Erschütterungen zu bewahren. Einmal hat „Die Zeit“ Stresemanns diese Pflicht neu entdeckt, zum andern der „Tag“ des Schwerindustriellen deutschnationalen Abgeordneten Hugenberg!

Stresemanns „Zeit“ wünscht mehr „Liberalismus“, weniger Kampf der Meinungen in der bisherigen Form, mehr Schwamm:

Wenn man sich alle paar Wochen in einem Wahlkampf gegenseitig einen Schuft und Schweinehund nennt, dann muß sich die parlamentarische Regierungsform bald zu Lode laufen, weil sie dann zu einer verewigten Kompromißwirtschaft ausartet.

Der Pinguin.

Von Lina Freuder.

Der Pinguin lebte draußen auf dem ewigen Eise. Sein Gefieder hatte dessen Farbe angenommen, nur an der Brustseite war es nachfarben — in Erinnerung an die langwährende Polarnacht. Am Hals und an den Flügelspitzen aber schienen seine Federn zart rosa angehaucht zu sein, als hätte die Morgenröte, wenn die Sonne über der stummen Eismwelt aufging, sich voller Sehnsucht darin verfangen.

Kalt war es auf dem schroffen Eisgebirge am Meere, wo der Pinguin lebte. Die lange Winternacht brachte ihm Träume vor Licht und strahlendem Firmenglanz, und wenn der Tag endlich anbrach, reckte sich der Pinguin stolz in die Höhe, um die sehnsüchtig erwartete Sonne als erster zu begrüßen.

Zufrecht steht er in Eis und Schnee umher, von allen Seiten kommen seine Gefährten herbei und feiern das Lichtfest auf dem Eise.

Der blaße Kojaschimmer am Hals und an den Flügeln des Pinguins leuchtet auf, das Gefieder glänzt in der Sonne. Der Pinguin streckt sich. Er wartet. Man lebt nur kurze Zeit bis zur nächsten Polarnacht. Jeder der Gefährten weiß das. Man paart sich. Nester werden mit Steinen gebaut. Das Ei kühlt vom ewigen Leben noch in der ewigen Eismwelt. Und junge Pinguine öffnen ihre Augen dem blendenden Glanze der Polwelt, um die ihr Leben treiben wird — ohne je eine andersgeartete zu ahnen.

Der Pinguin sieht das Leben und Treiben der anderen um sich her. Er wartet. Da naht sich ihm einer der Gefährten und fängt Freundschaft mit ihm an. Sie leben zusammen und tragen gemeinsam die Sorge für das tägliche Leben. — Aber die Jahreszeit war schon ein wenig vorgeschritten. Die Sonne hatte schon von ihrem Glanze verloren, der Schnee dämmerte matter auf den Graten. Sie aber hielten zusammen wie die anderen Familien mit ihren Jungen.

Nur, als die Dämmerung immer tiefere Schatten in die Eisflüsse und -täler senkte, schien den Gefährten des Pinguins ein Frösteln zu überfallen. Er suchte Schutz in den bergenden Spalten des Eisgebirges und wartete nicht die niedersinkende Polarnacht ab.

Im letzten Abenddämmer stand der Pinguin einsam auf dem hohen Gebirgsrücken. Noch einmal suchte er, steil aufrecht, einen letzten Sonnenshimmer zu erhalten. Noch einmal überzog der verlöschende Hauch der untergehenden Sonne seinen Hals und seine Flügelspitzen mit einem blaßrosa Schein — dann brach die Nacht an.

Mit seiner letzten Kraft erhob sich der Pinguin und ließ sich — aufsteigend — ins Meer fallen.

Die Polarnacht war da.

Dr. Gruber, ehemaliger Volksbildungsminister und Professor der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule in Prag, ist im Alter von 60 Jahren gestorben.

Denn was selbst ein Stresemann mit seiner Wandlungsfähigkeit nicht fertig brachte, das hat nach dieser Quelle Hindenburg geschafft:

Mit Hindenburgs Wahl hat das deutsche Volk seiner Vergangenheit eine Ehrenerklärung und seiner Gegenwart ein Vertrauensvotum gegeben. Denn wenn ein Hindenburg bereit ist, die Verfassung von Weimar zu beschwören, dann schließt sich der Ausgang eines Berges hinter uns zu, den wir bange und gefährdet genug sechs Jahre lang durchstirrt haben und nun verlassen.

Das ist zwar ein Armutszugnis für die geistige Kapazität der Volksparteier, die erst auf den Wind eines fast Achtzigjährigen warten mußten, um die Republik anzuerkennen, aber schließlich wird im Unterbewußtsein selbst der Stresemänner die Erkenntnis wachsen, daß von jedem Hundert Abstimmenden am 26. April selbst für Hindenburg nur etwas mehr als 46 gestimmt haben! Und wenn Hindenburg seine Wahl nur der kommunistischen Sonderkandidatur verdankt, so werden doch auch die liberalsten Liberalen in der Volkspartei nicht annehmen, daß bei einer Stichwahl, in der die absolute Mehrheit entschieden hätte, etwa die kommunistischen Stimmen direkt für Hindenburg abgegeben worden wären.

Deshalb ist die Bitte der „Zeit“ doppelt verständlich, die den Monarchisten nahelegt, doch um Gotteswillen den Reichspräsidenten Hindenburg nicht in die Zwangslage zu bringen, durch eine Reichsexekutive etwa einen monarchistischen Putsch niederschlagen zu müssen!

Noch rührender wie die „Zeit“ wird die neue republikanische Gesinnung im Blatte Hugenbergs verkündet:

Durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten steht jetzt die Sache so, daß durch dieses Oberhaupt des Reiches Millionen und Übermillionen aus ihrer kritischen, ablehnenden, zum mindesten gleichgültigen Stellung gegenüber dem Gegenwartsstaate zu seiner Bejahung gezwungen worden sind.

Damit kein Zweifel besteht, wird noch versichert, daß jetzt sogar republikanische Feiern von den Monarchisten besucht und daß endlich auch geflaggt werden würde, wenn Hindenburg „ruft“!

Das können nette „Verfassungsfeiern“ werden, wenn die Reichsflagge durch die schwarzweißrote Monarchistenfahne an den Privathäusern entweicht würde. Oder will Hugenberg gar gestatten, daß zu Hindenburgs Ehren die Feser des „Lokal-Anzeiger“ das Weiß aus ihrer Fahne golden umfärben?

Nach den Ansätzen in der Presse ist bald mit einem „republikanischen“ Eifer der Rechtsblöcker zu rechnen, daß einem wirklichen Republikaner davor angst und bange werden könnte!

Vor der Wahl und nach der Wahl.

Am 16. April.

Freitag-Voringhoven in der „Nationalpost“:

Es ist leider so und bleibt so, daß wir den Versailler Vertrag nochmals und freiwillig unterschreiben sollen, und daß uns nicht die mindeste Gegenleistung geboten wird. Und wenn jetzt eine Propaganda für den Pakt einsetzt, so unterscheidet sie sich in nichts von der Propaganda, die für den Versailler Vertrag, für das Londoner Ultimatum, für das Dawes-Gutachten von amtlichen Stellen betrieben wurde. Immer und immer wieder wurde in der Volk mit wohlklingenden Redensarten über die wahre Sachlage getäuscht und in sein Unglück hineingetrieben.

Am 3. Mai.

R. S. Weber in der „Nationalpost“:

Wir haben an dieser Stelle vor der Wahl betont, daß die Regierung Luther-Schiele-Stresemann auf dem besten Wege ist, für Ruhe und Frieden in Deutschland und in der Welt zu sorgen. Es wird sich ja nun herausstellen,

daß man auch deutsche Außenpolitik würdig und ehrenvoll treiben kann, ohne, wie die Weimarer Erfüllungspolitik, den deutschen Namen zu schänden und der Verachtung anheimzufallen.

Welche Wendung durch Gottes Fügung!

Das amtliche Wahlergebnis.

Nach den Berechnungen des Reichswahlleiters stellt sich das endgültige amtliche Ergebnis der Reichspräsidentenwahl vom 26. April wie folgt: Zahl der Stimmberechtigten nach der Stimmliste 88 930 298; Zahl der abgegebenen Stimmzettel 493 337; Zahl der Stimmberechtigten zusammen 39 423 653; Zahl der ungültigen Stimmen 216 051; Zahl der gültigen Stimmen 30 351 948. Davon entfielen auf Hindenburg 14 655 768; Marx 13 751 615; Thälmann 1 931 151; zerstückelt 13 416.

Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe.

Die Sozialdemokraten führen.

Büdingen, 4. Mai (WLB.) Nach dem Gesamtergebnis der getriggen Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe, erhielten:

1. Sozialdemokratische Partei 12 096 Stimmen,
2. Einheitsliste 9322 Stimmen,
3. Schaumburg-Lippischer Handwerkerbund 2238 Stimmen,
4. Deutsche Demokratische Partei 1940 Stimmen,
5. Liste der Kommunisten 553 Stimmen,
6. Unpolitisch-christliche Liste 661 Stimmen.

Es ist also eine bürgerliche Mehrheit zustande gekommen. Die Wahlbeteiligung war gut.

Völkische Talmudfälschung.

„Hammer“ Frischens Auslobung. 10 000 Papiermark gewonnen.

Ein Prozeß, der mehr als drei Jahre geschweigt hat, ist jetzt von der sechsten Zivilkammer des Landgerichts Leipzig entschieden worden. Der bekannte völkische Führer Theodor Frisch-Leipzig hatte am 1. Februar 1921 10 000 M. Belohnung für den Nachweis ausgesetzt, daß die in seinen Schriften wiedergegebenen Zitate aus dem Talmud und Schulchan Aruch nicht fälschlich überliefert seien. Der Direktor des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Dr. Ludwig Holländer, erbrachte den Nachweis. Frisch verweigerte die Zahlung, so daß Klage erhoben wurde.

Die Parteien hatten Privatgutachten beigebracht, der Kläger ein Gutachten des Professors Dr. Guttmann-Breslau, der Beklagte eines von Herrn Dr. E. Bischoff-Leipzig. Vom Bericht wurde Herr Professor Dr. Kahle-Bonn als Sachverständiger bestellt. Das Landgericht Leipzig verurteilte Frisch zur Zahlung von 10 000 Mark nach dem Stande der Mark vom 11. Mai 1922.

In der Urteilsbegründung heißt es: „Das Verbot der Zeugnisaussage zugunsten eines Nichtjuden gegen einen Juden ist keineswegs ein bedingungsloses, wie man nach der Uebersetzung des Beklagten im „Handbuch der Judenfrage“ annehmen muß. Die wesentliche Beschränkung des in der streitigen Stelle des Schulchan Aruch verfügte Aussagenerbotes ist in der Uebersetzung des Beklagten auch nicht andeutungsweise erwähnt. Durch Weglassung der Einzelheiten erscheint das Verbot verallgemeinert, dadurch ist sein Sinn in einer auch für die moralische Bedeutung des Verbotes erheblichen Weise entstellt, und die Uebersetzung des Beklagten kann daher nicht als fälschlich im Sinne der Auslobung angesehen werden.“ Das Gericht betonte weiter, daß dem besagten völkischen Hohepriester „doch der wahre Sinn der im „Handbuch der Judenfrage“ fälschlich gekürzten Stelle ganz wohl bekannt war.“ (Vgl. „Der falsche Gott“, S. 99.)

Einer der bekanntesten antisemitischen Agitatoren ist damit der Fälschung auch gerichtlich überführt worden. Was Ludendorff und andere Geistesriesen nicht hindern wird, weiter mit ähnlichen Jitaten ihre „leitende“ Judenhege zu betreiben.

Kunst und Korruption.

Protest im Kreise.

Der Mai ist gekommen, die Geister schlagen aus. Was Wunder, daß es auch in der Stadthalle wieder einmal eine Revolutionsversammlung — die wieweile eigentlich? — gab! „Der Kreis“ hat sie veranstaltet, „Kunst und Korruption“ hieß sie, bis übers Mittagessen hinaus hat sie gedauert, und weil der Postel Kaiser schimpfend und mild lachend das spärlich gefüllte Haus akkordierte, amüsierten sich die Zuhörer recht gut. Was sonst noch zu berichten ist? Daß fast alle prominenten Redner abgefragt haben, daß — außer einem — kein Reichlich sich ans Thema hielt, daß ein Prof. Dr. Salomon erzählte, wir wollen wieder dahin kommen, wo wir einst so glorreich gestanden haben, daß ein Herr Zimmermann voller Pathos Nachrichten vom Chaos an uns überbrachte und daß der Herr Vorsitzende mitteilte, in acht Tagen solle eine Diskussion „zu aller Ruh und Frommen“ stattfinden. Man wird wieder blind gegenüber allen Gegebenheiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegen diese kunstfeindliche Zeit protestieren, man wird Beschlüsse fassen, die niemand liest, man wird Autorenabende veranstalten, die niemand besucht, man wird alles tun, in acht Tagen, in einem Monat, in einem Jahr — nur nicht erkennen, daß alle Möglichkeiten der Hilfe in der, — sagen wir — „Kunst-gewerkschaftlichen Organisation“ liegen. Protest im Kreise!

Nur einer hielt sich ans Thema: Hans J. Rehfisch. Er beschimpfte nicht das Publikum, das stets das Theater hat, das es verdient, er zog auch nicht über die Theaterdirektoren her — sachlich behandelte er Ursachen und Wirkung der teilweise verheerenden Krise. Dort, wo die Zustände korrupt sind, gibt es Möglichkeiten sie zu bekämpfen, Rehfisch besprach sie, die Ernstern und die Berstehenden werden mithelfen — ohne Sentimentalität, ohne Pathos. Denn nichts, ihr Herren im „Kreis“, erreicht man mit Schrei und Esthase!

Ein Bild Ludwig Franks von Corinth. Im Reichstag ist jetzt ein Porträt Ludwig Franks von Vopis Corinth zu sehen. Von dem Kunstwert, den ein Bildnis, abgesehen von seiner Ähnlichkeit, haben kann, soll hier nicht gesprochen werden. Die Frage ist, ob der Reichstag durch den dauernden Aushang dieses Bildes das Andenken Franks würdig ehren kann, und diese Frage muß verneint werden. Corinth sieht Frank als einen energiegelassenen Fanatiker mit lodernem Blick, nicht als den körperlich und geistig breitgeschultrigen, harmonischen, Klugheit, Güte und Lebensfreude ausstrahlenden Menschen, der er in Wirklichkeit war. Von einem Bild aber, das der Gegenwart und Zukunft eine lebendige Vorstellung von einem verehrungswürdigen Toten vermitteln soll, ist zu verlangen, daß es den Mann in seinem Wesen erfasst und nicht so, wie ihn eine geniale Künstlerlaune sieht. In einer Galerie von Frank-Bildern würde auch dieses seiner eigenartigen Auffassung und seiner glänzenden Technik wegen einen Platz verdienen. Als Ausdruck der Huldigung aber, die der Reichstag diesem Toten schuldig ist, ist es unbedingt abzulehnen. F. St.

Eine Ausstellung der verbummelten Reichsdrucke aus dem Besitze der sozialistischen Reichsdruckerei veranlaßt die Buch- und Kunsthandlung Reuß u. Salka in ihren Räumen in der Reindestraße. Die Eröffnung findet am 7., nachm. 6 Uhr, vor einem geladenen Publikum statt.

Ein Erdbebenprophet. Prof. Sandani, der mit großer Genauigkeit die letzten Erdbeben in den Vereinigten Staaten und in Canada vorausgesagt hatte, hat erklärt, daß nach seinen letzten Beobachtungen für den 4. Mai in den Vereinigten Staaten ein neues Erdbeben zu erwarten sei. Am 14. Mai werde ein leichtes Erdbeben der ganzen Westküste Südamerikas entlang konstatiert werden können. Einige Tage später werde in Mexiko und Zentralamerika ein weiteres Erdbeben folgen. Der Professor glaubt, daß alle diese Erdbeben Vorkzeichen einer gewaltigen Katastrophe sind. Die Anzeichen dafür machten sich immer deutlicher bemerkbar.

Bernhard Shaw gegen den englischen Theaterbetrieb. Anlässlich eines Festessens zu Ehren des Geburtstages von Shakespeares hielt Bernhard Shaw in Stratford, wo einst Shakespeares Wiege stand, eine Rede, in der er sich in heftigen Ausfällen gegen den englischen Theaterbetrieb der Gegenwart erging. „Der Theaterbetrieb in London“, führte er u. a. aus, „ist vom Standpunkt Shakespeares aus einfach hoffnungslos. In London bringt man es fertig, ein Shakespearesches Meisterwerk um volle zwei Drittel zu kürzen und das verbleibende Drittel obendrein noch jedes vernünftigen Zusammenhangs zu berauben. Die Leute, die in London die Ansicht vertreten, daß ein Theater dazu da sei, anständig Theater zu spielen, kämpfen einen vergeblichen Kampf gegen den weitaus größten Teil des Publikums, der im Theater lediglich einen passenden Ort für mobile Veranstaltungen erblickt. Ein Londoner Theaterdirektor ist beglückseligt, wenn irgendeine erlauchte Lordschast sein Theater besucht, aber wie gespielt wird, ist ihm herzlich gleichgültig. Das englische Theater ist zum Untergang verurteilt, falls es sich nicht in die Sinne einbiegen sollte, die Shakespeare mit seinem „Hamlet“ begonnen hat. Solche Stücke können aber keine längere Spielzeiten haben als dreieinhalb Stunden. Shakespeares Stücke dauerten so lange, und meine tun es auch. Das Theater hat die Aufgabe, die landläufige Moral und unsere geistigen Anschauungen zu kritisieren und zu reinigen. Die auf gewaltigen Anpöhlungen beruhenden Kurz-Vorstellungen, die man in London sieht, erfüllen diese Aufgabe nicht im geringsten und stellen im Grunde genommen einen bössartigen Betrug des Publikums dar.“

Neue Konstruktionen des Rotorkiffes? Der Londoner „Evening Standard“ veröffentlicht eine Unterredung mit Hans Stimmek, dem Reffen des neukorbenen Hugo Stimmek. Dieser teilte mit, daß neue Versuche mit neuen Konstruktionen des Rotorkiffes gemacht worden seien, deren Ergebnisse bisher abgesehen worden sind. Diese Versuche würden, wie man erwartet, für die gesamte Schiffbauindustrie Umwälzungen mit sich bringen.

Das Theater am Kurfürstendam wurde am 1. September 1925 ab für eine Reihe von Jahren an Heinz Saltenburg verpachtet.

Johann Strauß, der bekannte österreichische Bühnen- und Professor der Musikakademie in Prag, der vor einigen Tagen einen Selbstmordversuch verübt und sich eine schwere Kopfwunde zugezogen hatte, ist a. o. b. o. n.

Gerhart Hauptmanns frühere Erzählung, die Novelle „Nachmittag“, ist jetzt von Alfred Rubin illustriert worden, mit einer Folge von Federzeichnungen, die für eine Volksausgabe des Werkes bei S. Fischer bestimmt sind. Die Studie ist bekanntlich erst kürzlich gedruckt worden, nachdem sie jahrelang in der Verborgenheit lag. Es ist die Geschichte des lustigen Sozialdemokraten Riefel, der sein Leben in der Erziehung von Kindern verbringt und einmal zur Fortschrittlichkeit bei der nächsten Feiernacht über den jugendlichen See verunglückt.

Stresemann vor dem Ruhrausschuß.

„Weit über den normalen Charakter hinausgegangen.“

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Ruhr-entwässerungen vernahm heute vormittag als Zeugen den Außenminister Dr. Stresemann. Er soll Auskunft darüber geben, welchen Charakter die damaligen Vereinbarungen zwischen Regierung und Ruhrindustriellen getragen hätten. Stresemann erklärt, daß alle an den Verhandlungen Beteiligten sich darüber im klaren gewesen seien, daß die einzugehenden Verpflichtungen weit über den normalen Charakter hinausgegangen seien. Beide Parteien hätten ohne Zweifel die Meinung gehabt, daß diese Verpflichtungen einflagbar seien. Die Vertreter der Ruhrindustriellen hätten erklärt, daß der Ruhrbergbau nur dann wieder in Gang kommen könne, wenn es gelänge, ausländische Kredite aufzunehmen. Die Regierung habe dann die Verpflichtung zur Rückzahlung der Kreditsleistungen nach Ordnung der Reichsfinanzen übernommen. Die Erklärung der Regierung sollte festzulegen kommandiert werden, um für die Ruhrindustrie Geld schaffen zu können. Stresemann beruft sich auf Zusprüche der französischen Delegierten bei den Verhandlungen zwischen Ricum und Ruhrindustriellen, wo dieser festgestellt habe, daß die Forderungen überhaupt keine Opfer bringen wollten. Die Steuern lehnten sie ab. Der Erfolg für die Kohlenlieferungen würde ihnen, wenn auch nicht jetzt, so doch später vergütet werden. Das Wieder-
aufbauministerium habe am 28. November 1923 der Reparationskommission mitgeteilt, daß die Reichsregierung dem Kohlenbergbau gegenüber Verpflichtungen übernommen habe, und daß sie nach Ordnung der Finanzen Ersatz für die Kreditsleistungen übernehmen werde. Es habe sich also nicht um eine Zusage gehandelt, um etwas zu erleichtern, sondern um eine Bindung. Es seien doch Summen gewesen, die der einzelne nicht tragen konnte.

Die Vernehmung des Außenministers wurde dann unterbrochen, um dem Reichsfinanzminister v. Schlieffen Gelegenheit zu einer Aussage zu geben. Er soll sich insbesondere darüber äußern, daß er in der Sitzung des Aufwertungsausschusses vom 24. September 1924 bei einer Auffassung über die voraussichtliche Entwicklung der Reichsfinanzen die Kosten für die Ruhr auf 100 Millionen Mark beziffert habe. Schlieffen behauptet, daß sich das nicht auf die laufenden Ausgaben für 1924, sondern auf das Etatsjahr 1925 bezogen habe. Der Abg. Dr. Herz verlangt dazu die Vernehmung des damaligen Protokollführers, des Abg. Schäfer, da dieses Protokoll im Widerspruch zu den heutigen Ausführungen des Ministers steht.

Auf Betragen der Abgg. Landsberg und Wissell, wodurch die Differenzen zwischen den Juristen und innerhalb des Kabinetts über die Abmachungen zu erklären seien, meint Herr Stresemann, daß sie eben das Schicksal aller Abmachungen gestellt hätten, bei denen später verschiedenartige Auslegungen zustande kamen, zumal wenn Juristen daran beteiligt seien. Bei den damaligen Verhandlungen habe man aber die juristischen Fragen ganz ausgeschaltet, es sei nur über den politisch-moralischen Teil der Frage diskutiert worden. Es habe sich nicht darum gehandelt, ob das Reich dabei ein schlechtes Geschäft mache, sondern man habe sich gefragt, daß bei einem Zusammenbruch der Dinge im Ruhrrevier, für die sich dann im übrigen Reich ereignenden Vorfälle noch ganz andere Summen zu zahlen sein würden.

Der nächste Zeuge, Ministerialdirektor von Brandt aus dem Reichsfinanzministerium erklärt gleichfalls, daß die Verhandlungen mit der Regierung und den Ruhrindustriellen den Zweck gehabt hätten, eine historische Zusage zu schaffen.

Am Schluß der Sitzung wird beschlossen, die Vernehmung des früheren Außenministers Solmann später noch vorzunehmen. Ein **Unteranspruch**, bestehend aus den beiden Berichterstattern Dr. Herz (Soz.) Perltius (Z.) sowie als Vertreter der Fraktionen der Abgg. Wissell (Soz.), Esser (Z.), Stöcker (Komm.) und zwei Abgeordneten der kleineren Parteien wird zunächst das vorliegende, sehr umfangreiche Aktenmaterial zur Prüfung der materiellen Seite der Angelegenheit sichten und dem Gesamtausschuß vor Weiterberatung darüber Bericht erstatten.

Soll das so weiter gehen?

Beröfentlichte Barmat-Akten. — Bruch des Amts-geheimnisses.

Die Barmat-Akte soll neu aufleben. Schon vor einigen Tagen deutete ein Blatt der Rechten an, demnächst würden Akten veröffentlicht werden, die für Scheidemann äußerst peinlich sein würden. In politischer Beziehung. Denn es wurde untersucht werden, was er im Sommer 1918 in Holland begonnen habe! Diese erpresserische Anündigung hat begreiflicherweise keine Beachtung gefunden, weil sie gegenstandslos ist.

Jetzt beginnt aber ein neuer Feldzug, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Sonntagnummer einen Briefwechsel zwischen Julius Barmat und Gustav Bauer. Die Briefe stammen aus dem Herbst 1923 und haben sichtlich kein Interesse, da sie nur die Geldbeträge der beiden Genannten behandeln, die auch ohnehin schon bekannt waren. Von Interesse ist nur die Frage, woher das deutsch-nationale Blatt diesen Brief bezogen hat. Denn die gesamte Geschäftskorrespondenz Barmats, also auch diese Briefe, ist von dem Staatsanwalt beschlagnahmt. Ihre Veröffentlichung konnte nur durch einen groben Bruch des Amtsgeheimnisses ermöglicht werden. Wer trägt dafür die Verantwortung?

Die Staatsanwaltschaft ist schon so stark durch ihr ganzes Verhalten im Verfahren gegen Barmat und Höfle belastet, daß sie kaum noch weiterer Belästigung bedarf. Höfle ist schon zu Tode „unterjocht“ worden, die beiden Brüder Barmat, die noch in Haft gehalten werden, sind schwer erkrankt. Aber sie werden noch immer nicht, auch nicht gegen Kaution, freigelassen. Der württembergische Staatsanwalt, Professor Ruffmann, der große Reifen aus Kosten des Staates ins Ausland macht, um endlich eine durch mehr als viermonatige Untersuchung nicht möglich gewordene Anlage fertig zu bekommen, verfügt mit absolutistischer Vollmacht über das Geschick der Verhafteten. Kann Ruffmann sagen, wer die beschlagnahmten Briefe der deutsch-nationalen Presse ausgehändigt hat? Kann er bei dem großen kriminalistischen Scharfsinn, der seine Handlungen auszeichnet, nicht einmal den Burschen ermitteln, der beschlagnahmte Akten frißt oder abschreibt? Und kann schließlich der preussische Justizminister gar nichts tun, um dem Treiben solcher Burschen Einhalt zu gebieten?

Maifeier unter Mussolini.

Die Arbeiter beugen sich nicht dem Terror.

Rom, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der 1. Mai ist in Italien allgemein ruhig verlaufen. Bei Mailand wurde ein Arbeiter getötet, ein weiterer schwer verwundet infolge einer Schießerei zwischen Faschisten und Arbeitern. In den Staatsbetrieben waren die Arbeiter vollständig erschienen, dagegen sind nach Presse-meldungen in zahlreichen industriellen Betrieben Oberitaliens, besonders Triests, 50 bis 75 Proz. der Beschäftigten ferngeblieben.

Maifugendtag.

Die Maifeier der Arbeiterjugend sind ebenso wie die der Erwachsenen Tradition geworden. Sie sind eine wirkungsvolle Demonstration für jene Forderungen, für die sowohl Partei wie Jugend seit Jahrzehnten mit Nachdruck gekämpft haben: Jugend-schutz und Jugendrecht! Darüber hinaus aber sind diese Maifeiern frohe und kraftvolle Befehnisse zur Tat. Die Jugend ist energiegeladener und optimistischer. Und das ist gut so. Sie löst sich von den Beschleiströmungen der Tagespolitik nicht von ihrem Pfad abbringen.

In Kaulsdorf kamen die frischen Arbeiterjugend und Mädels am gestrigen Sonntag zu Tausenden zusammen. Wie ein heiliges Befehnis flatterten die roten und schwarzrotgoldenen Fahnen in symbolischer Eintracht im Winde. Kaulsdorf rief sich die Augen. Sowie! Was war es nicht gemohnt. Die Festwiese bot ein farbenfrohes Bild. In den Zweigen der Bäume baushchten sich die roten Banner, während man sich auf der Erde in Ringkampf und Spiel übte. Der Jugendgenosse Ludwig Diederich hielt eine kurze Ansprache, in der er auf das Wesen und die Ziele der Arbeiterjugendbewegung hinwies. Dann folgten mit Eifer zu Gehör gebrachte Rezitationen. Bruno Schönant halte das „Erwachen“, das dramatische Werk eines holländischen Genossen, in geschickter Verse gebracht. Eine etwas pathetische Willensstärkung, die sich an die Berliner Arbeiterschaft wendet und mit den Worten schließt: „Dem Sozialismus gehört unsere Kraft! — das gelobte Land am Maientag 1925 die Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlins!“ wurde unter Jubel angenommen. Am Nachmittag mochten sich die Kräfte im Weitreuen. Der Abend dunkelte schon, als die einzelnen Bezirke unter Gesang durch die Straßen des Dorfes nach Berlin zurückzogen.

Trotz allen jugendlichen Ueberchwangs: unsere Jugend ist auf dem rechten Wege! Möge sie sich den heiligen Eifer für die gute, große Sache des Proletariats auch weiterhin bewahren.

Der erste Maionntag.

Die Maifonne meinte es gestern herzlich gut mit den Berlinern und so wurde der erste Maionntag zu einem frohen Maionsonntag. In den Parks und Anlagen mit ihrem reichen Blumenflor war kaum mehr ein Plätzchen auf den Bänken zu finden. Kein Wunder, das Straßenbahn und Stadtbahn, Autobusse und Untergrundbahn, kurz alle Verkehrsmittel, die hinausführen in die freie Natur, sich vor dem Andrang der frühlingsschürigen Menschen kaum zu helfen wußten. Wie ein Wunder standen überall in den Vorortgärten blühende Bäume, hier und da noch Kirchsäume, aber vor allem grünweißschimmernde Pflaumenbäume und rötlich sich entfaltende Apfelbäume. Und draußen im Wald brandete die sich verjüngende Natur. Schmiegsame Birken und bargrünes Unterholz. Selbst die Niesern lehten ein helleres Grün an. In den Wirtschaftsgärten zur Freude der schmunzelnden Wirte kaum ein Plätzchen zu finden und in den Tanzlokalen da draußen bewegt sich frühlingsschürige Jugend. In dem Wald war ein Zwitschern und Jubilieren der Vögel, und das frohe Rufen der Kinder. An den Seen war ein lustiges Leben und nicht nur die Hände, sondern auch die nackten Füße wurden als Badethermometer benutzt. Noch eine so warme Woche und ein so schöner Maionntag, dann wird die Berliner Badefaison richtig beginnen können.

200 Boote verbrannt.

Restaurant „Storchneß“ in Schmöckwitz vom Feuer zerstört.

In der letzten Nacht hatte die Berliner Feuerwehr mehrere große Brände zu löschen, u. a. einen Dachstuhlbrand an der Ecke der Martin-Luther-Straße und Hohenstaufenstraße 55 in Schmöckwitz, ein Großfeuer in Schmöckwitz und mehrere im alten Berlin.

Heute früh gegen 6 Uhr brach in den Bootshäusern von Radstoc u. u. schnell in Schmöckwitz, Wendenstr. 8—10, ein Brand aus, der schnell einen großen Umfang annahm. Es sind insgesamt 200 Boote verschiedener Konstruktion und sämtliche Kabineneinrichtungen verbrannt. Ebenso sind die beiden Bootshäuser ein Raub der Flammen geworden. Personen wurden zum Glück nicht verletzt. Die Höhe des Schadens ist noch nicht zu übersehen. Das Feuer sprang auch auf das benachbarte Grundstück Wendenstr. 10 über und zerstörte das bekannte Restaurant „Storchneß“ vollständig.

Großfeuer in Schöneberg.

In der Nacht zum Montag gegen 2 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Hohenstaufenstraße 55 alarmiert. Als sie dort ankam, stand der Dachstuhl des ausgedehnten Schhauses mit einer Front von 14 Fenstern in solcher Ausdehnung in Flammen, daß unverzüglich „Mittelfeuer“ und dann „Großfeuer“ gemeldet wurde. Das Feuer ist wieder einmal, wie der Dachstuhlbrand vor einiger Zeit gerade gegenüber, viel zu spät gemeldet worden. Der Branddirektor Floetner ließ von den Schöneberger, Wilmersdorfer, Charlottenburger und den Jünger 9 und 15 kräftig löschen. Es wurde mit 8 Schlauchleitungen über die total verqualmten Treppen und drei mechanischen Leitern mit Erfolg vorgegangen. Die Mannschaften der sehr schwach besetzten Züge hatten ungemacht unter Hitze und Rauch zu leiden. Trotdem gelang es den östlichen Teil und den an der Schwabischen Straße zu halten.

Leider haben die Geschosse, im oberen westlichen Teil, unter dem Eindringen von Wasser sehr gelitten. Stellenweise sind auch die Decken durchgebrannt. Diese großen Schäden und die Ausdehnung des Brandes sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Kellern im Hause keinen genügenden Deckenschutz hatten, daß keine Brandmauern vorhanden waren und die Flammen ungehindert und reichend schnell um sich greifen konnten. Die Feuerwehr mußte stundenlang angestrengt arbeiten und konnte erst am Montag mittag nach der Beendigung der umfangreichen Aufräumung abrücken.

Fremdmuth und Felix Fischenbach sprechen.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte veranstaltet Mittwoch, 6. Mai, 8 Uhr, im ehem. Herrenhaus eine Kundgebung unter dem Vorsitz H. v. Gerslachs, bei der Senatspräsident Fremdmuth über die letzten Landesratsprozesse spricht und Felix Fischenbach aus seinem Buche „Im Hause der Fremden“ vorliest. Unkosten 1,50 M., Gewerkschaftler und Mitglieder befreundeter Vereine 0,50 M.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten ist gegenwärtig wieder dringendes Gebot. Ärzte und Fürsorger berichten in der letzten Zeit über besonders häufige Ansteckung junger Menschen. Durch großzügige und frühzeitige Aufklärung kann die Seuche eingedämmt werden. Der Volksaufklärung dient auch das Schauspiel von Brieux „Die Schiffbrüchigen“, das in padenden Bildern das Schicksal eines Geschlechtskranken und seiner Familie schildert. Am 4., 5. und 6. Mai wird das Schauspiel im Norden Berlins auf Veranlassung des Bezirksamts Wedding in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142, abends 8 Uhr, aufgeführt werden. Erste Schauspielerei sind gewonnen worden. Der Eintrittspreis für alle Plätze beträgt 50 Pf. im Vorverkauf. Karten sind im Gesundheitsamt Wedding, Christianstraße 73, im Volksbildungsamt, Veltcher Straße 8, im Stadtbad Wedding, Gerichstraße 65—69, bei allen Geschäften, die durch Aushang kenntlich gemacht sind und bei allen in Frage kommenden Vereinen zu haben. An der Kasse sind die Karten für 60 Pf. erhältlich.

Der Wächtermord in Hoppegarten aufgeklärt.

Geständnis des Täters.

Der verhaftete Franz Wegener hat bei einer erneuten Vernehmung ein umfassendes Geständnis abgelegt. Das zusammengelegte Beweismaterial war so schwerwiegend, daß er sein anfängliches Zeugnis aufgab. Besonders wertvoll waren für seine Ueberführung die von den Fußspuren gemachten Gipsabgüsse, die genau auf Wegeners Füße paßten. Selbstverständlich gibt er den Vorgängen eine Darstellung, die den Tatsachen schwerlich ganz entsprechen wird. Wegener gibt an, daß er mit Slawinski zusammen in die Kamille der Gastwirtschaft eingedrungen sei, um Schellack zu stehlen. Plötzlich sei der Wächter erschienen, habe sie mit dem Hähnel seiner Lampe geblendet und sofort geschossen. Slawinski sei zusammengebrochen, habe aber trotdem das Feuer erwidert. Er selbst will nicht geschossen haben, sondern sei nur seinem Kameraden bei der Flucht behilflich gewesen. Zweimal sei Slawinski unterwegs zusammengebrochen. Schließlich habe er ihn mit einem Leibgurt unter dem Gesicht eine Schlaufe gemacht, ihn auf den Rücken genommen und so bis nach Köpenick getragen. Ritt der Straßenbahn seien sie dann nach Hause gefahren. Wie schon gesagt, entspricht dieses Geständnis wohl kaum der Wahrheit, denn es stehen ihm viele Unstimmigkeiten des aufgefundenen Tatbestandes und die Aussagen des Wächters gegenüber. Ueber seine anderen Verbrechenfahrten wird Wegener vorläufig noch nicht vernommen.

Das Recht des Markthändlers.

Der Reichsverband der Markt- und Markthallenstandinhaber Deutschlands hält in Berlin seine zweite Verbandstagung ab. Sie wurde am Sonntag in der „Neuen Welt“ bei nicht großer Beteiligung eröffnet. Unter den Gästen waren auch Behördenvertreter und Parlamentarier.

Der Vorsitzende betonte in der Eröffnungssprache, daß die Markt- und Markthallenstandinhaber dieselben Rechte wie andere Handelstreibende haben wollen. Unhaltbar sei z. B., daß ein Markthallenstandinhaber gegen eine Standbindung, die wegen irgendeines Verstoßes über ihn verhängt wird, kein Gericht um Richterspruch anrufen könne. Auch werde einem Standinhaber verweigert, bei Verkauf seines vielleicht seit vielen Jahren in der Markthalle betriebenen und dort gut bekannten Geschäftes ohne weiteres auch den Stand auf den Nachfolger zu übertragen. Zur Hebung des Geschäftsverkehrs in den Markthallen empfahl der Redner den Standinhabern, es den Ladeninhabern nachzutun und bei der Aufstapelung ihrer Waren mehr als bisher auf ein gefälliges Aussehen zu achten, was freilich durch den Raumangel erschwerte werde. Für die Stadt Berlin nahm Stadtrat Busch das Wort. Er erinnerte daran, daß die Markthallenverwaltung in allen wichtigen Dingen die Standinhaber anzuhören pflege. Es entspreche einem Wunsche der Standinhaber selber, daß Stände nicht verkauft werden dürfen. Uebertragung auf Erben werde nicht verjagt. Dem Raumangel in den Markthallen lasse sich nur durch den geplanten Bau einer neuen großen Halle abhelfen, aber die Kosten in Höhe von 36 Millionen Mark seien zurzeit noch unerträglich für die Stadt.

Der Verbandstag hörte dann Vorträge über Steuerfragen und Rechtsfragen. In der Erörterung verließen ein paar Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei, sich den Markt- und Markthallenstandinhabern als „Mittelstands Freunde“ in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Schwarzweißrotes Kindvieh.

Daß das Kindvieh sich im allgemeinen politisch betätigt, ist eine allbekannte Tatsache. Die deutsche älteste und jüngste Bergangenheit weiß etwas davon zu sagen. Bandele zum Zentralvieh Hof in der Eldenaer Straße, wofür die 40. Rastrichausstellung zurzeit stattfindet. Da sieht du sie, zwischen stahlhelmsitzenden Widdermäshen, ostelbischen Großrundschäferhunden, und deutschen Jungfrauen, die Kübe, Käber, Säue, Kerkel, voll Wärm für die große Sache. Stolz weht die Flagge Schwarz-Weiß-Rot...! Dazwischen verkonsumiert man arische Alkohol. Die Bodwurst verendet in Massen. Eine Kapelle, voll Eifer und Humor, und stillschweigend bereit, sich jeder Situation anzupassen, spielt zur Belebung der schwarzweißroten Viehparade Fredericus — und sonstige Märche in lieblicher Symbolik. Am Eingang ist die Verkaufsstelle der „Deutschen Tageszeitung“ aufgebaut. Sie wird umdrängt! Ritt Gott für Raswiesch und Vaterland. Wissen denn jene Kreise nicht, wie sie sich durch solche schwarzweißroten Rastmehdemonstrationen lächerlich machen? Wie sehr solch kindische Karretreien die Sache kompromittieren, der man doch nützen will? Am Eingang hängen, dem Zwang gehorchend, drei schwarzrotgoldene Fahnen neben fünf schwarzweißroten.

Im Innern ist alles schwarzweißrot tapeziert. Möge dies so rasche gepuete Vieh fruchtbarsten Dünger für ostarische Jucht und 100prozentige Sitte geben.

Bis dahin: Vieh Heil!

Achtung! Topographisches! Dienstag nachmittag 5 Uhr im Krematorium Wilmersdorf Wilterspark bei der Trauerfeierlichkeit für Kollegen Eugen Regus. Erscheinen aller Sängerehrenpflicht!

Schwerer Unfall bei einem Autorennen.

In die Zuschauermenge hinein.

Göttingen, 4. Mai. (WZB.) Bei dem gestrigen Hainbergrennen ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, so daß das Rennen kurz vor Schluß abgebrochen wurde. Ein Wagen aus Eisenach kam kurz vor Schluß des Rennens bei einer Wiederholungsfahrt zu weit über die Kurve hinaus und geriet nach Angaben von Augenzeugen mit einem Kabe auf den Sand, wodurch der Führer die Gewalt über das Steuer verlor. Der Wagen fuhr infolgedessen in die Zuschauermenge hinein und überschlug sich mehrere Male. Nach den bisherigen Feststellungen wurde ein Zuschauer schwer verletzt. Von den Insassen erlitt einer schwere Rippenbrüche, ein anderer mehrere Knochenbrüche.

30 Todesopfer des Stargarder Eisenbahnunglücks.

Schneidemühl, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Von den schwerverletzten Opfern des Korridor-Eisenbahnunglücks ist nun auch Professor Dr. Hensel, der im Anzug von Ebing nach Breslau begriffen war, im Krankenhaus in Dirschau am Sonntag verstorben. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf 30.

Schweres Explosionsunglück auf einer französischen Grube. Aus Commercys kommt die Meldung, daß durch eine Explosion fünf Arbeiter in den dortigen Gruben schwer verletzt wurden. Ein Arbeiter wurde getötet.

„Los Angeles“ fliegt nach den Antillen. Das Luftschiff „Los Angeles“ begann am Sonntag um 11 Uhr vormittags seine nächste Fahrt nach der Stadt Managua auf Porto Rico mit 36 Mann Besatzung und 200 Pfund Post an Bord. Das Schiff ging sofort nach der Abfahrt in großer Höhe und verstand in den Wolken. Man rechnet mit einer Fahrtdauer von 36 Stunden.

28 1/2-Stunden-Flug eines Wasserflugzeuges. Das Wasserflugzeug B.N.9 flog ohne Zwischenlandung in 28 Stunden 36 Minuten den ganzen Flußlauf des Delaware hinauf und herunter. Damit hat das Flugzeug sämtliche Dauerrekorde geschlagen. Die zurückgelegte Strecke ist länger als die Entfernung Kalforniens von Honolulu; sie beträgt ungefähr 2000 englische Meilen. Der Flug wurde unternommen, um zu beweisen, daß ein Flugzeug imstande ist, eine Reise ohne Notlandung von der Westküste Amerikas nach Honolulu zurückzulegen, wie sie für dieses Sommer geplant ist.

